



Stellungnahme des Deutsch-Russischen Austauschs e.V. vor dem Referendum auf der Krim

Der Deutsch-Russische Austausch (DRA) protestiert gegen die militärische Aggression und die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine durch die Regierung und Armee der Russischen Föderation. Der DRA fühlt sich der Ukraine, ebenso wie Russland, sehr verbunden und hat seit seiner Gründung 1992 stets auch mit ukrainischen Partnern kooperiert. Ein Konflikt beider Länder trifft uns auch persönlich und in unserer Arbeit. Die gegenwärtigen Aktivitäten der russischen Führung auf der Krim und in anderen Regionen der Ukraine unterminieren die gutnachbarschaftlichen Beziehungen in Europa und zerstören die Grundlagen demokratischer Kultur. Ihr rechtswidriges Handeln wird in dem für Sonntag angesetzten manipulativen Referendum über eine Abspaltung der Krim fortgesetzt.

Nach der faktischen Besetzung der Krim diktiert die Notwendigkeit, ein Blutvergießen zu verhindern, weitere Gespräche mit dem Eroberer, der das Völkerrecht diesmal noch eindeutiger als in den Konflikten um Südossetien und Abchasien gebrochen hat. Solche Gespräche müssen eine Deeskalation und Demilitarisierung des Konfliktes ermöglichen, dürfen aber zu keiner Anerkennung der Annexion führen und keinen Weg eröffnen, um weitere Gebiete der Ukraine unter dem falschen Vorwand von angeblich bedrohten russischstämmigen Bewohnern zu annektieren. Ein Weg zur Deeskalation könnte in der Stärkung und internationalen Garantie der Autonomierechte der Krim innerhalb der Ukraine liegen.

Der DRA hält auch gezielte **Sanktionen** gegen einzelne Personen und Strukturen der Regierung und Sicherheitskräfte in Russland und auf der Krim, die durch Rechtsverletzungen zur Zuspitzung der Lage direkt beigetragen haben, für richtig. Allerdings erwarten wir davon keine kurzfristigen Auswirkungen auf die Politik des russischen Präsidenten, solange nicht im Land selbst eine Mehrheit für eine grundsätzlich andere Nachbarschaftspolitik entsteht. Vielmehr wird eine Lösung des Konflikts wohl Jahre in Anspruch nehmen und nur mit anderen Akteuren in Russland möglich sein. Die gegenwärtige Führung steht für Konfrontation und maximale Vorteilssuche zum Nachteil anderer Staaten, die sie für feindlich hält. Es ist zu erwarten, dass sie dieser Strategie mit zunehmender Härte weiter folgen wird, solange dies in ihren Kräften steht.

Die unmittelbar wichtigste Aufgabe ist **die Verhinderung eines Krieges**. Nie wieder Krieg – das war europaweit, trotz ideologischer Gräben, das Grundverständnis nach Ende des II. Weltkrieges. Es muss auch heute wieder alle Beteiligten vereinen. Mit der Eroberung der Krim aber etabliert der russische Präsident Putin die Logik des Krieges in Europa wieder neu: Da er sich einem Rückzug verweigert, könnte nur eine physische Konfrontation die Annexion noch verhindern. Wissend, dass dies für die internationale Staatengemeinschaft keine Handlungsoption ist und auch keine sein darf, erpresst er sie und nimmt die

Krim, die Ukraine, das eigene Land und alle Menschen in Europa in Geiselnhaft für sein Bild von der Wiederherstellung Russlands als Weltmacht.

Der DRA warnt, dass jede Reaktion, die ihrerseits militärische Signale setzt, wie die Verlagerung von Jagdflugzeugen nach Polen und Rumänien, ebenfalls der Logik der Eskalation folgt, die immer schwerer zu stoppen sein wird – auch wenn viele Menschen dort dies nachvollziehbar als Unterstützung begrüßen. Abschreckung kann Grenzen setzen. Aber zugleich würde ein neues Wettrüsten entstehen und alle schwer belasten – und am stärksten Russland selbst. Schon jetzt erlebt das Land wegen seiner Aggression einen weiteren eklatanten Vertrauensverlust, der enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Schäden nach sich zieht.

Es braucht jetzt, so utopisch es klingen mag, eine **kraftvolle Friedensbewegung**, in Russland, der Ukraine und europaweit, auf der Straße, in Politik und Diplomatie, Armeen und Denkfabriken, in Medien und NGOs, um zu verhindern, dass in Europa erneut Menschen schießen und sterben müssen im Kampf um Einflussphären und für den Platz einzelner wahnhafter Personen in der Geschichte. Millionen Tote und Verwundete, das war bis 1945 der Preis des Gemetzels infolge des Großmachtwahns der Nationalsozialisten und vieler Deutscher. Dass der russische Präsident und sein Gefolge, die zu Recht häufig an die riesigen Opfer ihres Landes im II. Weltkrieg gemahnt haben, offen einen weiteren militärischen Konflikt in Europa riskieren, ist verantwortungslos und unerträglich. Einer der Gründe dafür ist, dass nach 1991 in Russland die eigene imperiale Vergangenheit nie aufgearbeitet wurde, es nie zum Teil des öffentlichen und staatlichen Selbstverständnisses wurde, die Eroberung der baltischen Republiken, der ukrainischen West- und der polnischen Ostgebiete, des Kaukasus und Zentralasiens durch das zaristische Russland bzw. die Sowjetunion auch als Kolonialismus zu erkennen und zu verurteilen.

Die **Berichterstattung** in den staatlichen Medien hat in der Öffentlichkeit Russlands und auf der Krim zu einer verzerrten Wahrnehmung und Denunzierung der Geschehnisse in der Ukraine geführt. Diese Propaganda ignoriert, dass der Machtwechsel in Kiew vor allem die Folge eines Aufstandes vieler Ukrainer gegen die korrupte Regierung des bisherigen Präsidenten Janukowitsch war, der eben dadurch seine Legitimation verloren hat, wie schon viele undemokratische Herrscher vor ihm. Selbstverständlich ist der radikale Nationalismus vor allem in Teilen der Westukraine und bei einigen Gruppen auf dem Kiewer Maidan widerlich und muss verurteilt werden – aber er prägt nicht das Land, er bedroht nicht die russischstämmigen Einwohner der Ukraine, er dominiert nicht **die neue Regierung in Kiew**, obwohl ihr leider mehrere Rechtsnationalisten angehören. Diese Regierung verfügt gewiss nur über befristete und treuhänderische Vollmachten. Ihre Hauptaufgabe ist es, demokratische und faire Wahlen zu organisieren, die für den 25. Mai vorgesehen sind – und alle Staaten in Europa sind aufgerufen, die Ukraine dabei zu unterstützen und die Durchführung der Wahlen zu beobachten.

Die aktuelle **Solidarität mit der Ukraine** ist notwendig und sie muss langfristig und konkret sein. Sie sollte nicht nur dem territorialen Schutz des Landes, sondern auch einer Neuausrichtung auf eine funktionierende Demokratie, soziale und ökonomische Stabilität und zivilgesellschaftliche Entwicklung gelten. Die deutsche Gesellschaft und Regierung tragen dafür und für eine Konfliktlösung zwischen der Ukraine und Russland auf der Basis des Völkerrechts und demokratischer Grundprinzipien eine besondere Verantwortung – aufgrund eigener Verbrechen in diesen Ländern in der Geschichte, aufgrund der starken Rolle der Bundesrepublik innerhalb der EU und der eigenen engen Beziehungen mit den Ländern Osteuropas.

Insbesondere ist es jetzt die Verantwortung aller an Russland interessierten Institutionen und Organisationen, namentlich auch des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, des Petersburger Dialogs, des Deutsch-Russischen Forums und des Beauftragten der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, sich öffentlich und nichtöffentlich mit aller Deutlichkeit von der geplanten Annexion der Krim durch Regierung

und Armee Russlands zu distanzieren – es ist eine Verantwortung gegenüber den Gesellschaften in Russland, der Ukraine, der EU, gegenüber der Geschichte und ihrem eigenen Anspruch, an der Verständigung und Modernisierung in Europa mitzuwirken. Eine Einigung mit Russland, die stillschweigend über die Eroberung von Teilen militärisch schwächerer Länder hinwegsieht, bedeutet keine Hilfe für die russische Gesellschaft, sondern ein Versagen. Wer jetzt noch behauptet, es fehle nur an Verständnis für die russische Position, wer jetzt noch den gegenwärtigen russischen Präsidenten als geeigneten Partner für die Zukunftsgestaltung in Europa darstellt, leistet dem Bruch des Völkerrechts Beistand.

Zugleich müssen Medien, Politik und Zivilgesellschaften in Deutschland und den anderen Ländern Europas dafür sorgen, dass eine **Gleichsetzung der russischen Regierung mit „Russland“** vermieden wird – denn dies hieße zu negieren, dass eine bedeutende Minderheit in Russland gegen das Handeln ihrer Regierung in der Ukraine ist, dass Hunderte, die dagegen demonstriert haben, unter neuerlicher Verletzung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit verhaftet worden sind. Die europäische Öffentlichkeit ist aufgerufen, die geplanten Gerichtsverfahren gegen die Kriegsgegner aufmerksam zu verfolgen und die Verfolgten in jeder zulässigen Weise zu unterstützen. Dass die EU jetzt ausgerechnet die Visa-Verhandlungen ausgesetzt hat, mag der politischen Realität geschuldet sein. Dennoch sollte jetzt nicht die Bevölkerung für ihre Regierung bestraft werden. Vielmehr wird nur eine künftige Verständigung mit der Bevölkerung in Russland für Frieden und Demokratie in Europa sorgen können.

Die aktuelle Lage gebietet es schließlich auch, die **eigenen Momente des Versagens** in der Osteuropapolitik zu benennen und daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Dazu gehört die über Jahre verbreitete Fehlannahme, gute Wirtschaftsbeziehungen würden eine Lösung der demokratischen Defizite näher bringen – im Gegenteil hat die eigene Bindung an russische Rohstofflieferungen die Erpressbarkeit nur verstärkt. Dazu gehört, dass russische Vorschläge etwa für gemeinsame Sicherheitsstrukturen Anfang der 2000er Jahre nie zu ernsthaften Verhandlungen führten. Die Überzeugungskraft demokratischer Staaten in der aktuellen Situation wird auch geschmälert durch die, trotz der gravierenden Unterschiede im Entstehungsprozess, leichtfertige und völkerrechtlich umstrittene Anerkennung des Kosovo als Staat durch die Länder der NATO und EU, die es der russischen Führung erleichtert, die potentiell konflikträchtigen Leitlinien der „territorialen Integrität“ und des „Rechts auf Selbstbestimmung“ immer wieder willkürlich auszulegen und zu missbrauchen.

Diese Fehler sind verhängnisvoll, aber sie schaffen keine Berechtigung für Putin und die Anhänger seiner Herrschaftsbestrebungen, die Annexion ukrainischer Gebiete voranzutreiben, einen Neubeginn in der Ukraine zu stören und damit auch in anderen Nachbarländern alte Ängste wieder zu wecken. Neue Abspaltungen, Grenzziehungen etc. in Europa, die nicht in allseitigem Konsens geschehen, gefährden die Sicherheit und das Leben der Menschen. Wer hier historische Rechnungen aufmacht, riskiert den Frieden. Das 21. Jahrhundert darf keine Zeit sein, in der Staaten sich und ihre Kraft über ihre territoriale Größe oder die Dominanz gegenüber anderen Staaten definieren. Es muss eine Zeit sein, in der in jedem Land, sei es groß oder klein, stabile demokratische Strukturen gelebt und garantiert werden, in denen gute Bildung, integrative und soziale Ausgleichsmechanismen eine große Innovationsfähigkeit, Produktivität, Modernität, nachhaltigen Wohlstand und Rechtssicherheit für alle ermöglichen und in dem Verschiedenheiten in Kultur und Herkunft Normalität in einer globalen Welt sind. Für dieses Bild der Gesellschaft wird sich der DRA auch weiter stark machen – mit all seinen Partnern in Russland, der Ukraine und europaweit.

Berlin, den 14.03.2014